



In einer Volksbefragung am 20. Jänner soll die Bevölkerung über die Zukunft der Wehrpflicht in Österreich abstimmen. Foto: Böhm

Pupp: Befragung zum Bundesheer kommt zu früh

Innsbruck – Kritik am Zeitpunkt der Volksbefragung über die Wehrpflicht am 20. Jänner übt Landesrat Thomas Pupp. Der SPÖ-Politiker spricht sich zwar für eine Abschaffung der Zwangsdienste und für ein Berufsheer aus, „aber die zentrale Frage, wofür wir das Bundesheer noch benötigen und wie das Heer diese Aufgaben am besten meistern kann, wird nicht diskutiert“. Aber gerade das sei die Voraussetzung für die Volksbefragung. „Doch die Politik hat diese Frage umschiffert und nicht beantwortet.“

Pupp vermischt sachliche und objektive Information. „Ich glaube, dass ein Berufsheer die zukünftigen Herausforderungen besser bewältigen kann. Denn die militärische Verteidigungsdoktrin hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich geändert.“ Österreich sei Teil eines europäischen Sicherheitssystems, „weshalb es aus meiner Sicht die Wehrpflicht nicht mehr benötigt“. Es gibt aus seiner Sicht zu viel Leerlauf beim Bundesheer, 50 bis 60 Prozent der Grundwehrdiener seien klassische Systemerhalter. „Und das kann doch nicht die Aufgabe beim Bundesheer sein“, fügt Pupp hinzu.

Dass sich laut aktueller TT-Umfrage eine Mehrheit für die Beibehaltung der Wehrpflicht ausspricht, überrascht den

SPÖ-Politiker nicht. „Derzeit prallen emotionale Argumente aufeinander, die Befürworter der Wehrpflicht legen den Katastrophenschutz in die Waagschale“, obwohl 90 Prozent der Grundwehrdiener niemals in die Situation eines Hilfseinsatzes kommen würden. „Und warum sollte es bei einem Berufsheer nicht Verbesserungen im Katastrophenschutz geben?“



„Die Politik hat die Frage umschiffert, welche militärischen Aufgaben das Heer in Zukunft noch hat.“

Thomas Pupp (SP-Landesrat)

Foto: Parigger

Die 180-Grad-Kehrtwendung von ÖVP und SPÖ in der Bundesheerdebatte verwundert Pupp. „Dabei haben sie völlig darauf vergessen, die Grundsatzfragen zu beantworten.“ Apropos Grundsatzfragen: Nach drei Monaten im Amt hat Pupp seinen Wechsel in die Landespolitik noch nicht bereut: „Wie am ersten Tag bin ich dankbar, dass ich diese Aufgabe übernehmen konnte.“ (pn)



Gasteiger fordert Entgeltfortzahlung für Feuerwehrleute. Foto: Böhm

Kurzmeldungen

Fortzahlung für Feuerwehrleute

Innsbruck – Gerade die Feuerwehreinsätze in der Silvesternacht hätten gezeigt, wie notwendig das freiwillige Feuerwehrgesystem sei, betonte gestern SP-Sicherheitssprecher Klaus Gasteiger. „Deshalb verstehe ich die Feuerweherverantwortlichen in unserem Land nicht, dass sie gegen die von der SPÖ geforderte Entgeltfortzahlung im Katastrophenfall sind.“ (TT)

Brisante Akten zum Tiroler Agrarstreit aufgetaucht

Die Übertragung des Gemeindeguts an Agrargemeinschaften wurde in den 50er- und 60er-Jahren von höchster politischer Stelle so gewollt.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Tiefe Einblicke in die laut Verfassungsgerichtshof offenkundig verfassungswidrige Übertragung von Gemeindegut an die Agrargemeinschaften (Regulierungen) gibt ein jetzt bekannt gewordener Zehnjahresbericht über die Regulierung der Tiroler Landesregierung von 1949 bis 1958. Weiters unterstreicht ein Schriftverkehr des ehemaligen Landeshauptmannes Eduard Wallnöfer mit dem Bürgermeister einer betroffenen Gemeinde in Osttirol die politisch gewollte Vorgangsweise des Landes

Denn Ende der 1960er-Jahre war es für den Bürgermeister von Ainet, Alois Girstmair, unbegreiflich, „dass man unsere Gemeinde, die ja für alle Gemeindeglieder in gleicher Weise sorgt und die in den letzten 70 Jahren 88 Prozent der Nutzungen aus dem Gemeindegut hatte, nun mit 23 Prozent abspesen will“. Gleichzeitig übte der Bürgermeister heftige Kritik an der Objektivität der Agrarbehörden. „Weil ich mich im Kampf um die Rechte der Gemeinde allein fühlte, habe ich mich vertrauensvoll an Sie, verehrter Herr Landeshauptmann, gewandt“, schrieb Girstmair an Eduard Wallnöfer.

Doch was der Gemeindegutschef offenbar nicht gewusst hat: Die Übertragungen des Gemeindeguts waren von Wallnöfer so gewünscht. Grundlage dafür waren der Strukturwandel in der Gesellschaft und die Auffassung des „Vaters der Regulierungen“, Albert Mair, dass das Waldzuweisungspatent von 1847 völlig falsch ausgelegt worden sei und die politischen Gemeinden wegen einer unrichtigen rechtlichen Beurteilung dadurch grundbücherliche Eigentümerinnen wurden: „Die Nutzungsberechtigten fordern



Auch im heurigen Jahr wird die Debatte um die Agrargemeinschaften die Landespolitik beschäftigen. Foto: Parigger

mit Nachdruck die eheste endgültige Sicherung ihrer bisherigen Rechte durch das Einschreiten der Agrarbehörde“, teilte Agrarbehördenleiter Albert Mair LH Wallnöfer am 28. Juli 1959 mit. Als Grund für die spontanen Forderungen der Bauernschaft auf eine durchgreifende Ordnung, insbesondere der Flurverfassung am Gemeindegut (Wälder, Alpen und Weiden), nannte Mair den „rapiden fortschreitenden Prozess der Verschiebung der Bevölkerungsschichtung zu Ungunsten des Bauernstandes“.

Gegenüber seinem Osttiroler Bürgermeister verteidigte Eduard Wallnöfer am 14. März 1969 fast gleichlautend diese Politik der Eigentumsübertragungen des Gemein-

deguts an die Agrargemeinschaften. „Die Notwendigkeit hat sich in den meisten Fällen dadurch ergeben, dass durch die allgemeine Strukturumwandlung im Lande, die in Nordtirol noch viel weiter gegangen ist als sie in Osttirol bis jetzt erfolgte, das bäuerliche Element in den Gemeinden zurückging und die Gemeindeguts-Nutzungsberechtigten in den Gemeinden durchwegs eine Minderheit bilden.“ Um Konflikte „aus den Gemeindestuben zu entfernen, war man auch von politischer Seite an diesen Regulierungen sehr interessiert“, fügte Wallnöfer hinzu.

Doch der Ainet BM Girstmair blieb von dieser Argumentation unbeeindruckt: „Was den Unfrieden in den

Gemeindestuben angeht – bei uns ist er Gott sei Dank noch nicht eingezogen –, muss ich leider feststellen, dass er sehr oft erst mit der Bildung der Agrargemeinschaften auftaucht.“ Trotzdem: Das Gemeindegut in Ainet wurde ebenfalls weggereguliert.

Dahinter standen auch finanzielle Absichten, wie Albert Mair in seinem Bericht an Wallnöfer offen zugibt: „Es braucht nicht besonders betont zu werden, dass die Gemeinde- und Fraktionswälder (...) einschließlich der den Bauern daran zustehenden Nutzungen ausnahmslos Millionenwerte darstellen und dass die größeren Waldungen wie Reutte und dergleichen den 50-Millionen-Wert bedeutend überschreiten.“

Trentiner Landeshauptmann zurückgetreten



Lorenzo Dellai wechselt in die römische Politik. Foto: Dolomiten

Trient – Lorenzo Dellai ist nach 14 Jahren als Landeshauptmann des Trentinos zurückgetreten. Er wird bei den italienischen Parlamentswahlen am 24. und 25. Februar für die Wahlplattform von Zentrumsparteien rund um Ministerpräsident Mario Mon-

ti kandidieren. Dellai war in den vergangenen Jahren ein Garant für die Politik in der Europaregion Tirol, Südtirol und Trentino.

„Die Autonomie, die Institutionen, die Menschen im Trentino bleiben“, wird der zurückgetretene Landes-

hauptmann auf der Online-Plattform stol.it zitiert.

Sein Nachfolger steht ebenfalls bereits fest: Landeshauptmannstellvertreter Alberto Pacher (57) wird bis zu den Landtagswahlen im Herbst 2013 die Regierung führen. (TT)

Lawinsituation in Tirol

Die Lawinengefahr bleibt von der Seehöhe abhängig und wird im Tagesverlauf in windexponierten Bereichen etwas ansteigen. Am ungünstigsten ist die Situation in den Regionen entlang des Alpenhauptkammes, den nördlichen Stubai Alpen sowie den Tuxer Alpen. Die Gefahr muss dort weiterhin ober-

Allgemeine Gefahrenstufe



Entwicklung der letzten Tage

3	3	2	2	2
Sa	So	Mo	Di	Mi

halb von etwa 2200 m als erheblich eingestuft werden. Gletschneelawinen sind nur noch vereinzelt an steilen Wiesenhängen ein Thema.